Erscheint Mittwoch. Redaktionsschluß: Sonntag.

Bezugspreis: Vierteljährl. 60 Mk., nur durch die Post.

Anzeigenpreis: 100 Mk. 1 einsp. Petitzeile (Nichtberufliches entgeltlich.) Stellenvers.-Anzeig. p. einsp. Petitzeile 50 Mk.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 408 Versand u. Redakt.: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1, I Zahlungen: Postscheckkonto: 20986 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 9 — Nürnberg, den 28. Februar 1923 — 37. Jahrgang

Herren und Knechte!

Ein Hund ist der, der einen Herren kennt!
Denn wir sind Herren nicht und sind nicht Knechte!
Schamlose Frechheit wagt es noch und nennt
Knecht einen andern, dem die gleichen Rechte

Wie ihm gelegt einst in des Lebens Wiege!
— Ein jeder sehe, ob er gehen kann,
doch keiner sei so hündisch, daß er biege
sein Knie in Furcht vor einem andern Mann.

Gleich hoch sei jede Menschenstirn gehoben,
ob sie nun arm sei oder schätzereich!
Ich will mein Recht, du magst das deine loben,
für mich, für dich, für alle ist es gleich . . .

John Henry Mackay.

*

Der Weg zur Produktionssteigerung.

Der Ruf nach Mehrarbeit und nach Arbeitszeitverlängerung, der bis vor kurzem die bürgerliche Presse füllte, ist angesichts des Ruhreinfalls mit Rücksicht auf die Arbeiterschaft etwas abgedämpft worden. Man darf aber nicht glauben, daß in jenen Kreisen nun die bessere Einsicht eingekehrt ist. Man kennt die Leute, die in der Frage der Produktionssteigerung keine andere Meinung aufkommen können, als daß es genüge, so recht von oben her nach vorkriegszeitlicher Art den Arbeitern täglich ein paar Stunden Mehrarbeit aufzwingen, dann werde schon alles wieder im richtigen Gleise gehen, um seine kapitalistischen Geschäfte weiter machen zu können. Recht selten sind in der bürgerlichen Presse Anschauungen zu finden, die den Dingen besser auf den Grund gehen, wie z. B. die folgenden, denen wir in einem demokratischen Blatte begegnen:

„Das deutsche Volk ist bettelarm geworden, weite Schichten der Bevölkerung scheuen sich aber immer noch, dieser Tatsache offen ins Auge zu sehen und die notwendigen Konsequenzen aus ihr zu ziehen. Zwar sind die völlige Verarmung aller Rentner, die Existenzvernichtung vieler freier Berufe und Erwerbsgruppen des gewerblichen Mittelstandes, das Eingehen von Zeitungen und Zeitschriften, von Bildungsstätten aller Art, von sozialen Einrichtungen, von Versicherungseinrichtungen, die Herabdrückung des Niveaus der gebildeten Schichten des Volkes usw. aber vielfach ist der Gedanke verbreitet, daß dafür andere Schichten des Volkes nicht ärmer, sondern reicher werden. Gewiß erhält heute auch der ungelernte Arbeiter, der in der Zeit vor dem Kriege sehr oft weit unter dem Existenzminimum entlohnt wurde, den Lohn, der dem des Gelernten fast nahe kommt. Gewiß machen weite Kreise von Landwirtschaft, Handel und Industrie große Papiermarkgewinne und bereichern sich viele an den Zwischengewinnen auch der Geldentwertung, aber diese Gewinne erfolgen auf Kosten anderer Volksschichten und stellen keine Vermehrung des Volksvermögens dar, da das Gesamtvolk unaufhaltsam fort von der Substanz des Volksvermögens zehrt, zudem bleiben auch diese Gewinne größtenteils weit hinter der Geldentwertung zurück und werden bei der kommenden Krisis viele nicht vor dem Zusammenbruch bewahren. Und was die Arbeiter und die Masse der sonstigen Lohn- und Gehaltsempfänger betrifft, so reicht in all diesen Gruppen das Einkommen bei Vorhandensein mehrerer noch nicht erwerbsfähiger Kinder nicht zu ausreichender Ernährung und Kleidung, aber auch bei allen anderen vermindern sich Hausrat, Wäsche usw. ständig weiter, da Neuanschaffungen kaum erschwinglich sind. Berücksichtigt man weiter die trostlosen Wohnverhältnisse, in denen viele Menschen leben müssen, die Knappheit und Teuerung gerade der wertvollen Nahrungsmittel und Bedarfsartikel, wie der Brennstoffe, so sollte niemand mehr bestreiten, daß die große Masse des Volkes in der Mittelschicht wie in der Arbeiterschaft bereits verarmt ist und täglich mehr verarmt.

Was Wunder, daß die besonders stark von der Verarmung betroffenen Schichten nach einem Schuldigen suchen, sei es die „Reaierung", seien es die Juden, die Wucherer und Schieber, die Erfüllungspolitik usw. Besonders in den gebildeten Schichten beginnen die revolutionären Phrasen des Nationalsozialismus immer lauter um sich zu greifen. Der ersehnte Diktator soll alles, was mitschuldig ist, zum Teufel jagen und dann soll alles von selbst besser werden! Als ob nicht schon unsere bisherigen Umstürze und Umsturzversuche bewiesen haben, daß sie das Uebel nicht bannen, daß sie ein verarmtes Volk nicht mit einem Schlage wieder reich machen können. Die Ursachen unserer Verarmung, die unser Volksvermögen vielleicht auf ein Drittel reduziert hat, sind die Verschleuderung des Volksvermögens durch den Krieg und die Nachkriegszeit und seine ständige Verminderung durch das Diktat unserer Feinde. Helfen kann daher nur Vermehrung der Produktion und Einschränkung des Verbrauches und ferner Aufhören der Kapitalflüchtung durch unsere Feinde. Wer etwas anders predigt und verspricht, wer leugnet, daß wir durch viele Jahre ärgster Einschränkung und zähesten Fleißes hindurch uns nur langsam wieder emporarbeiten können, belügt sich und andere und sündigt am deutschen Volke.

Ja, aber die Verschiebung, die in der Schichtung des Volkes vor sich gegangen ist! Gewiß ist verständlich, wenn in den stärksten betroffenen Schichten unzufrieden sind, weil andere Leute weniger betroffen sind, oder gar heute besser leben können als bisher. Sie begehen aber heute den Fehler, zu glauben, daß etwa bei gleicher Verteilung auf alle, sie wesentlich besser daseben würden. Freilich ist in solchen Zeiten der Mut besonders unerträglich, wenn die Schichten, welche es sich noch „leisten" können, ihre Wohlhabenheit zur Schau tragen und öffentlich Luxus und Aufwand treiben. Auch sie müssen zu einfachen Sitten gezwungen werden, wie sie heute für das ganze Volk allein angemessen sind. Gerade die maßgebenden Stellen müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen und selber zeigen, daß heute Einfachheit und Schlichtheit Vornehmheit bedeuten, daß es für keinen eine Schande ist, zu arbeiten und einen Arbeitsmittel zu tragen. Fort mit allem Aufwand in Wohnung, Kleidung und Speisung, fort mit aller falschen Scham, unsere Verarmung zwingt uns, unsere äußere Haltung zurückzuschrauben auf den Zustand vor 50 Jahren."

Soweit das demokratische Blatt, das damit zu der Feststellung gelangt, daß Arbeit nicht schändet und daß unsere Verarmung eben jeden wieder zu einer nützlichen Arbeit verpflichtet. Wir möchten aber in der Nutzanwendung des Angeführten schon etwas weiter gehen und den Herren Demokraten, die doch wie alle anderen Kapitalistengruppen, die Hebung der Produktion von einer Verlängerung der Arbeitszeit erwarten, empfehlen, auch der obigen Tatsache die weiteren Konsequenzen zu ziehen.

Hat man in ihren Kreisen schon einmal darüber nachgedacht, daß in der Zeit der allgemeinen Unterproduktion und Volksverarmung das kapitalistische Bank- und Börsenwesen so üppig in die Halme schießt, daß zehntausende von Arbeitskräften einer nützlicheren produktiven Tätigkeit, die dem Volkskörper so sehr not tut, entzogen werden? Hat man sich vergegenwärtigt, daß zur Hebung der Produktivität die Vermehrung der wirklich produktiv schaffenden Menschen in erster Linie mit beitragen könnte? Wäre es deshalb nicht an der Zeit, in den Amtsstuben, selbst auch in gewissen Gelehrtenstuben einmal nachzusehen, ob hier nicht nach einem alten Schema F. mit gewissen Arbeiten Zeit vertan wird, wie es sich mit dem Ernst unserer Lage nicht im geringsten vereinbaren läßt? Hat man sich schon einmal Gedanken darüber gemacht, daß unser Warenverteilungsapparat viel zu viele Menschen in Anspruch nimmt. Abgesehen von Kettenhändlern, Buchmachern und Schiebern, auf deren Tätigkeit man herzlich froh verzichten könnte, werden viel zu viele Kräfte im Handel festgehalten, solange Leute darauf Anspruch machen, bei Offenhaltung des Geschäfts von zwei Stunden am Vormittag und drei Stunden am Nachmittag, sich von der Allgemeinheit durchhalten zu lassen.

Man hält es für geschickt, doch ist es ganz unendlich dumm, die Produktionssteigerung allein durch eine Mehrbelastung des eingeschränkten, wirklich produktiv schaffenden Volksteils erreichen zu wollen. Die Nutzanwendung aus unserer Betrachtung kann nur eine planmäßige Umschichtung der Bevölkerung, die größtmöglichste Vermehrung der produktiv schaffenden Kräfte sein. Das wäre der Weg zur Produktionssteigerung. Dabei müßten allerdings eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein, vor allem die ungehinderte Sicherstellung des Warenabsatzes, ein Gebiet, das hier nur angedeutet sein mag. Jeden falls setzt eine Produktionssteigerung eine wirtschaftliche Planmäßigkeit voraus. Nicht allein daß die Arbeit nicht mehr als Schande betrachtet werden müßte, sondern es sollte soweit kommen, daß alle, die den Arbeitsstittel tragen, sich genau den andern ansehen, wenn sie in ihr Gesichtsfeld kommen, ob sie zu denen gehören, die auch wirklich eine gesellschaftlich notwendige Tätigkeit ausüben.

Man hat in letzter Zeit in bewegten Tönen die Not der studierenden Jugend geschildert, die zum Teil gezwungen ist, in der Ferienzeit in harter Arbeit sich die Mittel zu erwerben, um ihr Studium weiterzuführen und vollenden zu können. Der „Werkstudent" ist Gegenstand mancherlei Betrachtungen geworden. Man hat vielleicht nicht mit Unrecht in der Abwechslung geistiger und körperlicher Arbeit in verschiedener Beziehung manches Vorteilhafte in persönlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Art herausgefunden.

Wir wollen diese Gedanken hier nicht weiter spinnen. Den „Werkstudenten" erwähnen wir hier nur, um den Herren Demokraten und den übrigen Kapitalisten zu sagen, daß sie von ihrer Bekämpfung des Achtstundentages — und zwar im Interesse der Produktionssteigerung — endlich ablassen möchten. Abgesehen davon, daß in zahlreichen Fällen der wissenschaftliche Beweis erbracht worden ist, daß die Arbeitszeitverkürzung zur Produktionssteigerung führte, muß das Unternehmertum sich heute gerade den einen Werkstudenten sagen lassen, daß die Arbeiterschaft ihre besonderen Gründe hat, um am Achtstundentag unbedingt festzuhalten.

Im Hochschulblatt der „Frankfurter Zeitung" vom 30. November erschien ein Aufsatz: Aus der werkstudentischen Praxis von einem Leipziger Studenten, der sich den Lebensunterhalt während der Ferien teilweise oder gar vollständig durch seiner Hände Arbeit erwerben muß. Den beachtenswerten Ausführungen entnehmen wir folgende Stelle:

> Allen denen, die vom grünen Tisch oder vom Sofa aus den Achtstundentag als ungenügend erklären und den Arbeiter als Faulenzer ansehen, der möglichst wenig arbeiten und viel verdienen wolle, kann nicht warm genug empfohlen werden, einmal eine Woche lang die Kraftpause oder die Sackkarre in die Hand zu nehmen und acht Stunden täglich mitzuarbeiten. Dann reicht auch die märchenhafte Bezahlung, von der er in seinen Zeitungen so viel hört, vielleicht gerade, um den Hunger zu stillen, den er abends von der Arbeit mitbringt, und Zimmer und Verpflegung zu bezahlen. Wie ein Staatsarbeiter, der Frau und Kinder zu Hause hat, sich durchringen kann, empfindet der Student nun selbst als ungelöstes Rätsel.

Man sieht, daß die Beurteilung des Achtstundentages in all den Kreisen, die tägsich acht Stunden lang mehr oder minder schwere Muskelarbeit zu verrichten haben, etwas anders ausfällt, als aus den Kreisen, die vom Schreibtisch aus urteilen. Wer etwa noch im Zweifel sein sollte, welche Auffassung zutreffender ist, befrage den Rat unseres Werkstudenten und mache die Probe aufs Exempel. Verdingung ist dabei, die gleiche Lebensweise des Arbeiters zu führen, das heißt, mit dem geltenden „hohen Lohn" auszukommen.

Internationale Verbrüderung der Kapitalisten.

Welche Verleumdungen mußte die organisierte Arbeiterschaft nicht schon über sich ergehen lassen, weil sie bereits in der Vorkriegszeit und nun auch in der Nachkriegszeit internationale Verbindungen mit den Arbeiterorganisationen der Welt unterhält und die Solidarität auf internationaler Grundlage auszubauen suchte. Wie wenig Grund aber gerade die deutschen Kapitalisten und ihre Hintermänner bis hinüber zu den deutsch-völkischen Mörderorganisationen haben, auf diesem Gebiete der Arbeiterschaft Vorwürfe zu machen, wurde schon zum Ueberdruß bewiesen. Einen neuen Beweis kapitalistischer Verbrüderung liefert die Farbstoffindustrie, die in den badischen Anilin- und Sodawerken ihre Truststeinung besitzt. In der französischen „Compagnie nationale des Matières colorantes" mit einem Kapital von 100 Millionen Franken saute sie nach dem Kriege eine ernste Konkurrentin. Nun haben sich kürzlich — eine Tatsache, die in Deutschland verschwiegen wird — die beiden Kongreß-leiter an den grünen und weißen Tisch in Paris gesetzt und eine deutsch-französische Interessengemeinschaft auf folgender Grundlage gebildet:

1. Die badische Firma (kurz „Badische Anilin" genannt) verpflichtet sich, keinerlei chemische und pharmazeutische Produkte mehr nach Frankreich zu exportieren;
2. sie stellt der französischen Firma (Compagnie nationale) ihre Patente, Erfindungen, Laboratoriumsmethoden usw. zur Verfügung.
3. Die Compagnie nationale hingegen verzichtet ihrerseits auf jeglichen Export.

Ein deutsch-französisches Wirtschaftsbündnis comme-il-faut! Ein internationaler Trust nach allen Regeln der Kunst! Man erinnere sich früherer Meldungen, daß französische Handelsspione versucht hätten, die Laboratoriums- und Fabrikgeheimnisse der deutschen Farben- und chemischen Industrie abzulauschen . . . Verhaftungen, Landesverratsprozesse, Zuchthausstrafen usw. waren die Folge. Und nun treibt die Firma selbst „Massenlandesverrat", indem sie der französischen Konkurrenzgesellschaft alle Fabrik- und Geschäftsgeheimnisse, Patente und Erfindungen ausliefert! Zu welchem Zweck? Zu Profitzwecken, zum Zwecke der Preissteigerung, der besseren Ausplünderung der Konsumenten hüben und drüben.

Das außerordentlich wichtige Abkommen ist natürlich schon wirksam. Ein französischer Kaufmann, dessen Vertretungsmacht gerade so weit ging wie der aller Geschäftsleute — nämlich bis zum Portemonnaie — wollte vor einiger Zeit deutsche Farbstoffe kaufen, in der Hoffnung, daß sie — nicht nur der Valuta wegen — billiger und besser ausfallen würden als die Produkte seiner Nationalindustrie. Wie war er erstaunt, von der „Badischen Anilin", seiner Lieferantin, folgendes Antwortschreiben an Stelle der bestellten Farben zu erhalten:

„In Beantwortung Ihres gefrtten Schreibens, für das wir Ihnen danken, müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir nicht mehr in der Lage sind, unsere französischen Abnehmer zu bedienen. Betreffs jeglichen Kaufes von Farbstoffen bitten wir Sie, sich an die „Compagnie nationale des Matières colorantes" zu wenden . . ."

Der französische Geschäftsmann, der sich zum erstenmal von seinem „erbfeindlichen" Lieferanten abgewiesen sah, wandte sich nun — die Vaterlandliebe schwellte wieder seine Brust! — an seine französische Fabrik. Wie war er aber noch mehr überrascht, feststellen zu müssen, daß nun — seit dem deutsch-französischen „Versländigungsfrieden" in Farben — die „nationalen Preise" unverschämt in die Höhe geschnellt waren! Man sieht also, der deutsch-französische, von deutsch-französischen „Patrioten" gegründete Farbentrust bewährt sich famos!

Schwierigkeiten der deutschen Ausfuhr und Rohstoffbeschaffung.

Man kann sich sehr schwer vorstellen, wie die deutsche Industrie ohne Ruhrkohle ihr Leben fristen kann. Bezieht doch die deutsche Schwerindustrie ihren gesamten Koksbedarf und 60 Prozent ihres Kohlenbedarfs von der Ruhr. Auch ein Teil der Industrie, welche sich früher oberschlesischer Kohle bediente, hat sich in letzter Zeit auf Ruhrkohle umgestellt, seitdem die oberschlesischen Bergwerke polnisch geworden sind. Ohne Ruhrkohlen können z. B. die großen Elektrizitätswerke, wie das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, die AEG. usw., ihren Betrieb nicht weiter führen.

Diese Tatsachen springen um so mehr ins Auge, da diese und auch die anderen deutschen Industriezweige bereits vor der Ruhrbesetzung große Schwierigkeiten im Export und in der Rohstoffbeschaffung hatten. Laut einer neuen Darstellung des englischen „Manchester Guardian" kann die deutsche Eisenindustrie gegen die belgische und insbesondere die französische Industrie, welch letztere durch Unterstützung (Prämien) und billige Reparationskohle gefördert wird, nicht mehr aufkommen. Die Walliser Weißblechindustrie hat die an Deutschland verlorenen südamerikanischen, asiatischen und kanadischen Märkte bereits zurückerobert. In der Maschinenindustrie haben die deutschen Preise die Weltmarktpreise überschritten, wodurch, wenn „Manchester Guardian" zufolge, diese Industrie auf größere Bestellungen des Auslandes nicht mehr rechnen kann. Ebensowenig die Lokomotivenbauindustrie, welche trotz der Bestellung der portugiesischen Eisenbahnen viele Arbeiter entlassen mußte. Polen hat seine Bestellungen für Lokomotiven an Amerika und Belgien verteilt. Nur die Schiffsbau- und die mit Sachlieferungen auf Reparationskonto beschäftigte Industrie war in der letzten Zeit lebhaft. Die Bekleidungsindustrie, Wollspinnerei, sogar die Leinenindustrie, welche die Hälfte des Rohstoffes vom Inland bezieht, mußten Kurzarbeit einführen. Die Lage der baumwollarbeitenden Textilindustrie ist insbesondere durch die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung erschwert, was wieder in der Kreditknappheit und der Geldentwertung einerseits und in der Knappheit der Weltbaumwollvorräte andererseits seinen Grund hat. Eine Baumwollspinnerei von Durchschnittsgröße brauchte in letzter Zeit zwei Milliarden, wenn sie mit Weberei und Betrieben für Fertigfabrikate verbunden war, 4—5 Milliarden Papiermark als Betriebskapital. Der Beschäftigungsgrad in der Baumwollindustrie ging 1922 besonders seit August wesentlich zurück. Im März waren noch 86 Prozent der Webstühle beschäftigt, im November nur noch 77 Prozent. Die Textilindustrie für Fertigfabrikate verrichtete in der Hauptsache Lohnarbeit fürs Ausland und arbeitete, kaum für eigene Rechnung. Diese Industrie ist in Elsaß-Lothringen stark entwickelt, und da ihre Produkte laut Friedensvertrag frei nach Deutschland eingeführt werden können, bedeuten sie eine starke Konkurrenz. Wie der „Manchester Guardian" feststellt, sieht bereits auch diese deutsche Industrie nicht mehr mit im Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Durch den jüngst erfolgten Marksturz können sich freilich die geschilderten Zustände für eine Weile verschieben, aber nur bis zu dem Zeitpunkt, in welchem sich die Anpassung der Preise an den veränderten Stand der Valuta vollzieht, was angesichts des Kohlenmangels in kürzester Zeit erfolgen muß.

Wochen-Rundschau.

Nach einer Notiz der Tel.-Union wird das Rundschreiben, der Unternehmerbund betreffend, auch in voriger Nummer, unter der Ueberschrift „Perfide Pläne des Unternehmertums" veröffentlichten, eine Mystifikation genannt. Ein Arbeitgeberverband unter dem angeführten Namen existiere nicht; es wird noch hinzugefügt, daß der Inhalt des angeblich verfandten Rundschreibens nicht den in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände herrschenden Ansichten entspreche. Herr Dr. v. Karger hat der Presse eine Berichtigung zugehen lassen, in der er sagt, daß es sich mit der Benutzung seines Namens um eine Fälschung handele. Er wisse von einem derartigen Schreiben nichts, noch sehe er sonst mit der Veröffentlichung in irgend einer Verbindung. Wir können nicht unterschlagen, wofür das Rundschreiben stammt, wer aber die mancherlei Aufsätze und Ergüsse der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" liest, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß in dem fraglichen Schreiben der geheimen Wünsche der Schuhmacher niedergelegt sind.

Nach den vom Steuerausschuß des Reichstages am Mittwoch gefaßten Beschlüssen sind die Gehalts- und Lohnempfänger an den letzten sechs vollen Arbeitstagen im Februar von Steuerabzügen befreit. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, in Fällen, in denen es zur Angleichung an eine Lohnzahlungsperiode erforderlich ist, den Zeitraum anderweitig zu bestimmen. Die Abzüge von der Lohnsteuer sind ab 1. März 1923 wie folgt festgesetzt:

Bei Monatseinkommen:		Bei wöchentlicher Lohnzahlung:	
Für den Ehemann .	800 ℳ	Für den Ehemann . .	192 ℳ
Für die Ehefrau .	800 „	Für die Ehefrau . .	192 „
Für jedes Kind . .	4000 „	Für jedes Kind . . .	960 „
Werbungskosten . .	4000 „	Werbungskosten . . .	960 „

Für Kurzarbeiter gilt folgendes:

Wird ein Arbeitnehmer wegen Betriebseinschränkung nur während einer gegenüber der üblichen Arbeitszeit verkürzten Zeitdauer beschäftigt (Kurzarbeiter), so ist der Arbeitslohn für den Zeitraum vom Steuerabzug frei zu lassen, der einer wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden entspricht. Dieser Zeitraum wird vom 22. Februar 1923 ab berechnet. Ergibt sich am Schluß dieses Zeitraums, daß die Freilassung nur eines Bruchteils des Arbeitslohns des letzten Arbeitstages in Frage kommt, so ist der Arbeitslohn dieses ganzen Arbeitstags vom Steuerabzug frei zu lassen.

Im Finanzpolitischen Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats wurde mit 14 Stimmen der Unternehmerseite gegen 13 Stimmen die Aufhebung der allgemeinen Auskunftspflicht der Banken nach § 177 der Reichsabgabenordnung beschlossen. Die Folge eines solchen Beschlusses wird die Schaffung von Wert-Aufbewahrungsstellen sein, die von jeder Nachprüfung der Finanzämter geschützt sind.

Die Reichsbank hatte in der vorhergehenden Woche das zur Verfügung stehende Devisenmaterial und darüber hinaus noch ausländische Kredite herangezogen, um der Mark eine Stütze zu geben. Sie hatte mit dem Rückkauf der Marknoten in einem so großen Umfange begonnen, daß der Markkurs seinen Stand an der Neuyorker Börse von 0,0054 am 10. Februar auf 0,0043 am 14. Februar sich verbessern konnte. Der Dollar fiel auf 19 250 am 17. Februar. Leider konnte dieser Stand nicht ganz aufrecht gehalten werden. Der Dollar stieg bis zum 21. Februar wieder auf 22,550.

Auch Frankreich hat seit seinem Einbruch in das Ruhrrevier eine erhebliche Entwertung seiner Valuta erleiden müssen. Für das englische Pfund mußten an der Pariser Börse gezahlt werden am 30. Dezember 1922: 62,67 Franken, am 27. Januar 1923: 73,38 Franken. Der französische Franken hat heute einen Wert von 78 Friedenscentimes, also etwas weniger als ein Drittel des ehemaligen Wertes. Damit ist er beinahe zu dem schwachen Wert seiner lateinischen Schwester, der italienischen Lire, herabgesunken.

Die Organe der Kohlenwirtschaft haben die Kohlenpreise ab 9. Februar um nahezu das Doppelte der bisherigen Sätze erhöht.

Die Tariferhöhungen bei der Eisenbahn bringen 100 Prozent Erhöhungen des Gütertarifs ab 15. Februar 60 Prozent der Tarife ab 20. Februar und 100 Prozent der Personentarife ab 1. März.

Der Wohnungsbauabgabe wurde vom ständigen Ausschuß auf das Dreifache der Friedensmiete festgesetzt. Davon soll ein Betrag von 40 ℳ auf den Kopf der Bevölkerung in den Ausgleichsfonds abgeführt werden.

Die Jahresverdienstgrenze für die Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung wurde ab 1. Februar von 1,200 000 ℳ auf 4,200,000 ℳ heraufgesetzt. Der höchste Betrag in Klasse 13 mit monatlich 4840 ℳ umfaßt nunmehr die Einkommen von jährlich 720,000 ℳ bis 4,200,000 ℳ.

Der Vollsitzung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats vom 1. Februar verlangte die Einbringung einer Vorlage, wonach die Demobilmachungsvorschriften betreffend die Arbeitszeit auf weitere sechs Monate nach dem 31. März 1923 verlängert werden sollen.

In der Tschechoslowakischen Republik bezogen Mitte Januar 130,000 Arbeitslose Unterstützung, und zwar 135,000 Männer und 55,000 Frauen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Mit Wirkung vom 12. Februar an wurden die Erwerbslosenunterstützungssätze wie folgt erhöht:

	In den Ortsklassen A täglich ℳ	B täglich ℳ	C täglich ℳ	D u. E täglich ℳ
1. Für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	1500	1400	1300	1200
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	1300	1200	1100	1000
c) unter 21 Jahren	900	850	800	750
2. Für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	1300	1200	1100	1000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	1100	1050	1000	950
c) unter 21 Jahren	800	750	700	650
3. Die Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	700	650	600	550
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	600	550	500	450

Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach zurzeit:

	A ℳ	B ℳ	C ℳ	D u. E ℳ
für ein Ehepaar	12,200	12,300	11,400	10,500
für ein Ehepaar mit 1 Kind	16,800	15,800	14,400	13,200
für ein Ehepaar mit 2 Kindern	20,400	18,900	17,400	15,900

Ueber die Frage der automatischen Anpassung der Unterstützungssätze an den schwindenden Geldwert sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen. Der Bundesvorstand des A. D.-B. hat sich mit detaillierten Vorschlägen an die Reichsregierung gewandt, in denen großzügige Maßnahmen zur Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge verlangt werden.

Aus unserem Berufe.

Vom Schuhwaren-Außenhandel.

Im November 1922 kamen 698,306 Paar Schuhe aller Art (ausgenommen Hausschuhe und Pantoffel, sowie Schuhe mit Holzsohlen) zur Ausfuhr gegen 817,961 Paar im Oktober. Pantoffel und Hausschuhe wurden ausgeführt 133,945 Paar gegen 122,054 Paar im Vormonat. Zusammengenommen war die Ausfuhr an Lederschuhen von Januar bis November 1922 6,404,205 Paar, die Ausfuhr an Hausschuhen also 1,055,914 Paar.

Vom Häute- und Ledermarkt.

Der scharfe Kursrückgang auf dem Devisenmarkt bewirkte auf den letzten Häute- und Fellauktionen eine mehr als große Geschäftsstille. Am Lederwarenmarkt herrschte zunächst die Besserung der Mark zahlreiche Käufer zu lebhaftem Eingreifen. Auf der Hauteauktion in Hamburg vom 14. Februar war der Verkauf schleppend. Im Vergleich zur Vorauktion stiegen Großviehhäute zwar noch um 100—150 Prozent, Kalbfelle um 150 Prozent, die Preissteigerungen blieben aber erheblich hinter denen auf andern Auktionen der Vorden letzten Wochen zurück. Die Auktion in Leipzig am 15. Februar gezahlte Preise, die noch unter denen in Hamburg erzielten lagen. Sofort bot man deshalb eine Menge Lose zurückgezogen. Für Kalbfelle waren 4800 und 7200 ℳ geboten worden. Daraufhin wurde die Auktion abgebrochen. Die Aufstellerer Auktion am 19. Februar verlief resultatlos. Die nächste Auktion soll in drei Wochen abgehalten werden.

Die Lederfabrikanten klagt nun auf einmal über ernste Beziehe, weil die bisherigen Rekordpreise für Haut- und Kalbfelle nie wieder herausgewirtschaftet werden können. Dabei trifft gerade die Lederindustrie mit die Schuld, daß jedesmal aufeinanderfolgend die Preise mit fliegender Hast der Dollarparität gefolgt sind. Dem wilden Spekulanten- und Händlertum sind die Berliste einmal zu gönnen, obschon sie kaum allzu hart betroffen werden, denn sie haben jedenfalls für eine solche Entwicklung vorgesorgt. Auf der obengenannten Leipziger Häuteauktion bewegten sich die Abschlüsse auf folgender Basis:

Ochsenhäute ohne Kopf, 20—30 Pfd., per Pfd.		4000 ℳ
Bullenhäute	20—30	4000 „
Rinderhäute	20—30	4900 „
Kuhhäute	20—30	4280 „
Roßhäute über 220 cm, per Stück		80000 „

Für Leder wurden auf der Kölner Lederbörse vom 14. Februar folgende Großhandelspreise für erste Sortimente erzielt je Kg.: Kirbenleder, Rhein. Cowleder in Hälften 23,000 bis 33,000, Sohlleder in Hälften 21,000—23,000, Zahm-Bachleder in Hälften 22,000—25,000, Zahm-Bachehalle 18,000—17,000, Zahm-Bachefeiten 10,000—12,000, Bild-Bachleder in Hälften 18,000 bis 23,000, Bild-Bachleder in Kernstücken 25,000—29 000, Spalte lohgar und liftiert in Kernstücken 17,000—20,000, Blankleder in Hälften, braun, 26,000—32,000, schwarz 25,000—32,000, Riemenlederkernstücke kurzgeschnittene, 26,000—36,000, braune Sohlleder 30,000—36,000; für 1 Quadratfuß: Rindbox, schwarz 7500—9500, farbig 10,000—11,000, Roßchevreaux, schwarz, 4500—5700.

Die neuen Postgebühren ab 1. März 1923.

	im Ortsverkehr:	im Fernverkehr:
Postkarten	20 ℳ	40 ℳ
Briefe bis 20 Gr.	40 „	100 „
über 20—100 Gr.	60 „	120 „
über 100—250 Gr.	100 „	150 „
ab 250—500 Gr.	120 „	180 „
Drucksachen bis 25 Gr.		20 ℳ
über 25—50 Gr.		40 „
über 50—100 Gr.		60 „
über 100—250 Gr.		100 „
über 250—500 Gr.		120 „
über 500 Gr. bis 1000 Gr.		150 „
über 1 bis 2 Kg. (nur für einzeln versandte ungeteilte Drucksachen zulässig)		250 „

Pakete	Kalsore	Fernpost
bis 3 Kg.	300 ℳ	600 ℳ
über 3 bis 5 Kg.	500 „	1000 „
„ 5 „ 6 „	600 „	1200 „
„ 6 „ 7 „	700 „	1 00 „
„ 7 bis 8 Kg.	800 „	16 00 „
„ 8 „ 9 „	900 „	1800 „
„ 9 „ 10 „	1000 „	2000 „
„ 10 „ 11 „	1150 „	2300 „
„ 11 „ 12 „	1300 „	2600 „

Pakete	Kalsore	Fernpost
üb. 12 „ 13 Kg.	1450 „	2900 „
„ 13 „ 14 „	1600 „	3200 „
„ 14 „ 15 „	1750 „	3500 „
„ 15 „ 16 „	1900 „	3800 „
„ 16 „ 17 „	2050 „	4100 „
„ 17 „ 18 „	2200 „	4400 „
„ 18 „ 19 „	2350 „	4700 „
„ 19 „ 20 „	2500 „	5000 „

Zeitungspakete bis 5 Kg. . . . . 250 ℳ 500 ℳ

Päckchen bis 1 Kg. . . . . 200 „

Geschäftspapiere und Mischsendungen

bis 250 Gr.	100 ℳ
über 250 bis 500 Gr.	120 „
über 500 Gr. bis 1 Kg.	150 „
Postanweisungen bis 1,000 ℳ	60 ℳ
über 1,000 „ 5,000	90 „
„ 5,000 „ 10,000	120 „
„ 10,000 „ 20,000	180 „
„ 2 ,000 „ 30,000	240 „
„ 30,000 „ 40,000	3 0 „
„ 40,000 „ 50,000	360 „
„ 50,000 „ 100,000	450 „
Zahlkarten bis 1,000 ℳ	20 ℳ
über 1,000 „ 5,000	30 „
„ 5,000 „ 10,000	40 „
„ 10,000 „ 20,000	60 „
„ 20,000 „ 30,000	80 „
„ 30,000 „ 40,000	100 „
„ 40,000 „ 50,000	120 „
„ 50,000 „ 100,000	150 „
„ 100,000 „ 200,000	200 „
„ 200,000 „ 300,000	250 „
„ 300,000 „ 400,000	300 „
„ 400,000 „ 500,000	350 „
„ 500,000 „ 750,000	400 „
„ 750,000 „ 1,000,000	450 „
von mehr als 1,000,000	500 „

Die Einschreibgebühr beträgt 80 ℳ.

Telegramme auf alle Entfernungen 160 Mk. Grundgebühr und für jedes Wort 80 Mk. Im Ortsverkehr 80 Mk. Grundgebühr und für jedes Wort 40 Mk.

Tarif- und Schlichtungswesen.

Tarif-Nachtrag, Bezirk Rheinhessen.

Zwischen der Innungsgemeinschaft Bezirk Rheinhessen und Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands wurden mit Wirkung vom 14. Februar 1923 folgende Stundenlöhne vereinbart:

Der Stundenlohn beträgt im 1. Jahre nach der Lehre 660 ℳ
im 2. Jahre nach der Lehre 700 „
im 3. Jahre bis 24 Jahre 800 „
über 24 Jahre 920 „

zuzüglich des Kranken- und Invalidengeldes in Höhe von 164 ℳ pro Tag.

Allgemeines.

Alle übrigen Bestimmungen des Tarifes und sonstige Begünstigungen bleiben bestehen.

Mainz, den 15. Februar 1923.

Schuhmacher-Zwangsinnung Mainz. Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands
Vorsitzender: (gez.) L. Schyrer. (Zweigstelle Mainz).
Vorsitzender: (gez.) Otto Gorld

Landestarifvertrag für Groß-Thüringen mit Einschluß des Stadt- und Landkreises Erfurt.

Bei den am 20. Februar in Weimar stattgefundenen Lohnverhandlungen für die Zeit vom 24. Februar bis 9. März wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Für die vorgenannte Zeit beträgt der Stundenlohn für einen Arbeiter

	über 21 Jahre	19—21 Jahre	unter 19 Jahren
Ortsklasse 1	1000.— ℳ	900.— ℳ	850.— ℳ
„ 2	969.70 „	899.70 „	849.70 „
„ 3	999.40 „	899.40 „	849.40 „
„ 4	999.10 „	899.10 „	849.10 „

Die Verhandlungen in Weimar gestalteten sich diesmal sehr schwierig, da die Arbeitgeber infolge der Aktion der Reichsbank für die allernächste Zeit einen starken Preisabbau erwarten, und dieses wollte bei den Verhandlungen von ihnen benutzt werden. Vordergrund geschoben; sie glaubten dies umso mehr tun zu können, als ihnen seitens des Verbrauchsgutes Kassel, die geforderte Teuerungszulage für orthopädische Arbeiten auf etwa ½ ihrer Forderung herabgesetzt wurde, eben alls mit dem Hinweis auf den zu erwartenden Preissturz. Es müsse den Arbeitgebern ernste Besorgnis gemacht werden, daß selbst wenn der Preisabbau einsetzen würde, an einen Lohnabbau nicht zu denken sei, da die Kreise vom jetzigen Lohn bis zum Reallohn noch eine sehr große sei.

Wir ersuchen unsere Ortsverwaltungen, sowie alle in Frage kommenden Kollegen, für strikte Durchführung des obigen Abmachungen Sorge zu tragen.

Die Bezirksleitung.

Landestarifvertrag für die Provinz Sachsen.

Am 18. Februar fanden in Magdeburg erneut Lohnverhandlungen zur Festsetzung der Löhne für die erste Märzhälfte statt. Es wurden folgende Abmachungen getroffen: Der Stundenlohn beträgt für die Zeit vom 1. März bis einschließlich 15. März für einen Arbeiter in

	Lohnklasse 1	Lohnklasse 2
Ortsklasse 1	1000.— ℳ	998.50
„ 2	998.80 „	997.80
„ 3	998.60 „	997.10
„ 4	997.90 „	996.40

Verbands-Nachrichten

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 19. Februar bis 4. März der 10. Wochenbeitrag fällig ist.

•

Keine Herstellung von Adressenverzeichnissen.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß wir infolge der hohen Druckkosten und des außerordentlich großen Betrages von der Herausgabe eines Adressenverzeichnisses der Zahlstellen absehen werden.

•

Genehmigung von Extrabeiträgen.

Auf Grund des § 6, Ziffer 1, des Statuts wird den nachstehenden Zahlstellen die Erhebung von Extrabeiträgen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Zahlstelle	Beginn	wöchentlicher Extra-Beitrag Mark									
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Augsburg	12. Febr.	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—
Darmstadt	4. Febr.	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—	5.—
Dresden	4. März	40.—	40.—	72.—	70.—	110.—	110.—	150.—	150.—	180.—	180.—
Eisenberg	4. März	5.—	5.—	10.—	10.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—	20.—
Forst	4. Febr.	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—
Hannover	1. März	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—	1.—
Osterburg	4. März	15.—	15.—	15.—	15.—	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—
Peitzkog	11. Febr.	10.—	20.—	30.—	40.—	50.—	60.—	70.—	80.—	90.—	100.—
Soest	4. März	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—	10.—
Trens	11. Febr.	—	5.—	10.—	30.—	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—
Werdau	4. März	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—	30.—
Wegnitz	4. März	20.—	30.—	45.—	60.—	75.—	90.—	105.—	120.—	135.—	150.—
Mainz	4. März	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—	50.—	50